

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis: Für Berlin im 1. Bringerlohn vierteljährlich praenumerando 1 Rm. 25 Pf., monatlich 85 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Berlin 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 1 Rm. 85 Pf.

Kreuzband-Abonnements pro Quartal u. Exemplar: Für Deutschland und Oesterreich 3 Rm. — Pf., Niederlande und Belgien 3 60, Frankreich 4 50, England und Amerika 3 55.

Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen praenumerando gezahlt werden.

Neuer

Social-Demokrat.

Organ der Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: Berlin, Dorotheenstraße Nr. 8. 80. Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Expediteur entgegengenommen. Inzerate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro fünfgespaltene Zeile mit 50 Pf. berechnet.

Inhalt.

Die Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei. Politische Uebersicht: Die projectirte Biersteuer-Erhöhung. — Vermehrung der Reichsausgaben. — Der Hunger des Fabrikantenthums nach Kinderbeschäftigung. — Der volkswirtschaftliche Kongress. — Das allgemeine Wahlrecht in Spanien. — Arbeiterelend in Ungarn. — Die Berliner Steuer-Einschätzung.

Die Allgemeine deutsche Associations-Buchdruckerei.

I.

Wie aus dem heutigen Blatte — unter Annoncen — zu ersehen ist, hat kein Bedenken seitens der Behörden gegen die neue Generalversammlung der Association obgewaltet. Es haben somit die sämtlichen von unseren Parteifreunden gewünschten Abänderungen des Statuts Rechtskraft erlangt; der Vorstand besteht legal aus Hasselmann, Frische und Radow in Berlin, der Aufsichtsrath aus Hafenclever, Hartmann, Geib, Auer und Derossi in Hamburg.

Somit tritt jetzt entschieden die Anforderung an unsere Parteifreunde heran, allerorts Mitglieder der Association zu werden. Nur so kann nämlich dieselbe ihren Zweck vollständig erfüllen.

Die Association soll nämlich einerseits den bedeutenden Unternehmensgewinn, welchen aus dem Druck der Parteiblätter, Broschüren u. s. w. bisher einzelne Druckereibesitzer zogen, im Interesse der Arbeitersache sichern. Sodann soll sie das Mittel sein, die bedeutenden Geldwerte und Nachmittels, welche in dem Besitz des „Neuen Social-Demokrat“ und einer vollständigen Druckereianstalt bestehen, nicht in die Hände einzelner Personen, sondern allen altbewährten Parteifreunden zu legen.

Wir brauchen dieses so wichtige Verhältnis gewiss nicht näher auszuführen, sondern knüpfen nur die Mahnung daran, sofort mit dem Beitritt vorzugehen; denn eben so dringlich, wie es ist, daß Geld als Betriebskapital der Druckerei beschafft wird und nicht die Ueberschüsse des „Neuen Social-Demokrat“ dazu verwendet werden müssen, eben so wichtig ist es, daß die Zahl der Mitglieder möglichst wächst, damit die soeben erläuterte Sicherung des juristischen Eigentums dadurch entsteht. Gewiss, wir sind überzeugt, jeder unserer alten Parteifreunde, jeder unserer Leser, dessen Mittel das Opfer geflatten, wird sich eine Ehre daraus machen, sofort Mitglied der Association zu werden und dann sagen zu können: Ich bin vollberechtigter Mitbesitzer des „Neuen Social-Demokrat“.

Es werden wahrscheinlich einige Bedenken hier und dort auftauchen: ob die Association ganz im Sinne Lassalle's begründet sei; ob dieselbe nicht den Mitgliedern Opfer und Gefahr bringen werde, wie die „krachenden“ Schulze-Dehly'schen Volksbanken. Dieser und weitere Artikel werden hierüber genügende Auskunft schaffen.

Zunächst wollen wir feststellen, daß die Eintrittsbedingungen derart sind, daß jeder Arbeiter, nicht bloß der besonders bemittelte, Mitglied werden kann.

Jeder Genossenschaftsanteil wird durch Einzahlung von 30 Reichsmark erworben, und es kann jedes einzelne Mitglied bis zu 10 Anteilen erwerben, also insgesammt höchstens 300 Reichsmark einzahlen. Es ist nun selbstredend wichtig, daß in der ersten Zeit, wo es die Beschaffung des Betriebskapitals gilt, alle Parteifreunde, welchen ihre finanziellen Verhältnisse dies gestatten, so viel Anteile, wie möglich, durch die Einzahlung von je 30 Mark erwerben. Aber aus-geschlossen von der Theilnahme ist dadurch kein einziger weniger gut gestellter Arbeiter. Für jeden solchen kann die Einzahlung nämlich ratenweise geschehen, so daß jene Summe von 30 Mark erst im Laufe von 5 Jahren ganz ange-ammelt zu werden braucht, und zwar in halbjährlichen Raten

von je 3 Mark, oder in vierteljährlichen von je 1 1/2 Mark. Eine solche Einzahlung, die im Allgemeinen niedriger ist, als die meisten Krankenkassenbeiträge, wird einem Parteifreunde, dem unsere große Sache warm am Herzen liegt, gewiß kein zu großes Opfer dünken. Dafür, daß der Kermere gegen Niemand zurücksteht, sorgt genugsam die Bestimmung des Statuts, daß von dem Augenblick an, wo 3 Mark durch ein Mitglied eingezahlt sind, dieses auf der Generalversammlung gleiches Stimmrecht erhält, und zwar herrscht allgemeines gleiches Stimmrecht, ob nun 3 oder 300 Mark von dem Betreffenden gezahlt sind.

An dieser Stelle ist ferner hervorzuheben, daß mit nichts von den Parteifreunden gefordert wird, auf Rimmerwiedersehen ihr Geld hinzugeben. Das Opfern einer größeren Summe würde sonst Manchem zu schwer fallen. Die Anteile sind nicht verkäuflich, damit kein Schacher damit getrieben werden kann, aber es steht Jedem frei, zurückzutreten und beim Austritt von den auf seinen Anteil eingezahlten 30 R. 27 Mark zurückzufordern; nur 3 Mark von jedem Anteil verbleiben dem Reservefond, damit kein leichtfertiges stetes Ein- und Austrreten die Association schädigt. Für die erwähnten 27 Mark des jederzeit zurückforderbaren persönlichen Antheils werden dem Mitgliede ferner bis zu 7 pCt. Dividende gezahlt werden, so daß der höchste Betrag, auf 10 Anteile eingezahlte 300 Reichsmark, sich mit 18 Mark 90 Pf. verzinsen kann und Niemand Schaden leiden würde, wenn er sein Geld statt in einer beliebigen Sparkasse bei der Association anlegte. Uebrigens handelt es sich ja nicht um pekuniären Gewinn, sondern um die Förderung der Arbeitersache in erster Linie, und wir erwähnen diese Sicherung gegen allzu große Opfer daher nur, damit Niemand aus falscher Scheu zurücktrete.

Bei Errichtung der Association ist, wie also jeder unserer Leser sich sagen kann, so verfahren, daß sie die Gesamtheit der Parteifreunde, resp. der Leser des „Neuen Social-Demokrat“ in sich aufnehmen kann, ohne Auserlegung übermäßiger Opfer. Mögen die Arbeiter zeigen, daß sie die Vortheile einer solchen Organisation zu schätzen wissen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. September.

Die verdoppelte Besteuerung des Bieres ist jetzt wirklich Parole der deutschen Reichsregierung geworden. O, ruhmvoller Milliardenregen! Schon die nächste Reichstags-session wird diese Ruß zu kneten haben. Die Arbeiten des Bundesrathes — so wird berichtet — haben wieder begonnen und sind zunächst die Ausschüsse für Rechnungswesen und für Zoll- und Steuerwesen zusammengetreten, um den ihnen vom Bundesrathe in der Sitzung vom 4. Juni c. ertheilten Auftrag wegen Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, welcher die Brauereuer auf das Doppelte der im § 1 des Gesetzes vom 31. Mai bestimmten Sätze erhöht, und eines Gesetzentwurfes, betreffend eine Besteuerung der Schlachtkörner, Rechnungen, Lombardacten und inländischen und ausländischen Wertpapiere in Angriff zu nehmen. — Die Besteuerung des Volksgetränktes soll also ein scheinbares Gegengewicht in der Besteuerung der Geldgeschäfte bekommen; doch zeigt sich auch hier sogleich der Schaden der indirecten Steuer. Belegt man die Lombardacten — also den Pfandwucher — mit einer Steuer, so wälzt der Wucherer diese ganz gewiß auf den Armen ab, welcher das Darlehen nimmt. Die progressivere Einkommensteuer fürchtet man natürlich wie den Teufel.

Zu den neuen Steuerprojecten kommt übrigens die nicht minder erbauliche Begründung derselben seitens der offiziellen Presse. Die Ausgaben des deutschen Reiches sollen nämlich um zwanzig Millionen Reichsmark gestrigert werden. Daß ein gut Theil davon auf das Militärwesen kommen wird, wer kann daran bei unserer heutigen „Kultur“ zweifeln. Mehr Geld — mehr Soldaten; mehr Soldaten — mehr Geld! Das ist das alte Lied!

Der Hunger des Fabrikantenthums nach Kinderausbeutung wird mit jedem Tage gieriger. Schon sind im preussischen Handelsministerium massenhafte Beschwerden von Fabrikbesitzern eingetroffen, welche darüber Klage führen, daß die Fabrikinspektoren mit Strenge auf die Beobachtung der über die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter bestehenden Gesetze halten. Die sauberen Fabrikanten behaupten, es werde die Berg- und Glasindustrie schwer geschädigt, dann aber auch dem Müßiggang und der Verderbnis der beschäftigungslos herumlaufenden Kinder Vorhub geleistet und damit zugleich den betreffenden Eltern eine erhebliche Einnahme entzogen. Natürlich, immer nur zum eigenen Wohl der Kinder, sollen sie ausgefogen werden, bis sie zu elenden, kranken Krüppeln werden! Das Schönste dabei ist dann noch, daß eine unwahrscheinlich offizidse Korrespondenz behauptete: man wolle in den maßgebenden Regierungskreisen dahin, daß den Fabrikinspektoren in dieser Beziehung mehr Freiheit zu gewähren sei, damit dieselben je nach den örtlichen und provinziellen Verhältnissen von der allgemeinen Regel abgehen und Dispensationen einwirken lassen können, wodurch vielen Wünschen (natürlich der Fabrikanten) entsprochen würde.

Welcher Schwindel die politischen Demonstrationen der deutschen Bourgeoisie sind, hat sich gelegentlich des sogenannten

volkswirtschaftlichen Kongresses wieder handgreiflich gezeigt. Einige Dugend, wenn es hoch kommt, hundert Bourgeois, kommen alljährlich zusammen, zechen, schmausen und fassen Beschlüsse, die höchstens in die ganze Welt hinausklopfen werden. Natürlich folgt je nach der Bestimmung der Zusammenkommenden der eine Kongress um, was der vorige beschlossen hat, denn ein solcher ist nur eine freie Kneipgesellschaft, nichts mehr und nichts weniger. Der volkswirtschaftliche Kongress war z. B. immer freihändlerisch, diesmal lassen sich einige Schutzöllner es ein paar Thaler kosten und — bum — es werden lauter schutzöllnerische Beschlüsse gefaßt, alles Frühere wird umgestoßen. Darüber donnert und wüthet die ganze Freihändlerpresse. Der „Kugels. Allg. Zig.“ wüth z. B. von Berlin — wahrscheinlich vom Abgeordneten Bamberger — Folgendes geschrieben:

„Die Kühnheit der schutzöllnerischen Agitation, welche solchen sogar den volkswirtschaftlichen Kongress zum Bundesgenossen gewonnen, scheint endlich doch auch das freihändlerische Lager etwas aufzureizen zu wollen. Nach dem Vorgange Danzigs und Westpreußens ist, wie man hört, jetzt auch in unseren Gegenden unter landwirtschaftlichen und Kaufmannskreisen eine Bewegung im Gange, um öffentliche Versammlungen zu veranstalten und auch von großhändlerischer Seite Resolutions, Proteste oder Denkschriften an die gesetzgebenden Körperschaften vorzubereiten, um so den täglich dreister werdenden Bestrebungen der Schutzöllner das Gegengewicht zu halten. Hoffentlich finden die hierauf gerichteten Bemühungen diejenige allgemeine Theilnahme und Gemüthlichkeit, die im Interesse der Sache zu einer Eintrud machenden Kundgebung wünschenswert wäre. Uebrigens verliert das Botum des volkswirtschaftlichen Kongresses, seit bekannt ward, wie dasselbe lediglich durch eine grobe Ueberrumpfung durch massenhafte Zubrängen der Baumwoll- und Eisenindustriellen zu Stande kam, jegliche Bedeutung. Um aber der Wiederkehr solcher Vorkommnisse, dem Mißbrauch einer hochangesehenen wissenschaftlichen Versammlung zu den eigennützigsten Interessen, vorzubeugen, ist eine Statutenänderung, welche das Einbringen „eintägig freiwilliger“, das massenhafte Zusammentrommen interessirter Mitglieder zu einem bestimmten Zweck in Zukunft verhindert, eine unumgängliche Nothwendigkeit.“

Nicht wahr, wie spasshaft! So lange eine Handvoll Freihändler auf einem Kongress das große Wort führt, war es eine „hochangesehene wissenschaftliche Versammlung“, nun, da zufällig schutzöllnerische Industrielle dort die Majorität in die Hände bekommen haben, fehlt ihm „jede Bedeutung“. Daß unsere Bourgeois nicht merken, wie sie sich selbst durch so komisches Gefasel jede Bedeutung absprechen! Ob freihändlerisch, ob schutzöllnerisch, Schwindel bleibt Schwindel!

Welchen moralischen Einfluß die Arbeiterklasse selbst in jenen Ländern, wo ihr Aufklärung und Organisation abgehen, bereits auf die Staatsform ausübt, zeigen die neuesten Ereignisse in Spanien. Wir sehen jetzt an jenem Lande, wie es schon bezüglich Frankreichs der Fall war, daß, nachdem das allgemeine Wahlrecht einmal einem Volke hat zuerkannt werden müssen, keine Reaction mächtig genug ist, es ihm wieder zu entreißen. Die Regierung des Königs Alphonso ist nämlich von diesem lang gehegten Plan aus Furcht vor den Arbeitern zurückgekommen. Die Aufrechterhaltung des allgemeinen Stimmrechts in dem Rath des bis jetzt absoluten Königs von Spanien ist zwar überraschend, aber doch leicht begreiflich.

Ueber das Arbeiterelend in Ungarns Hauptstadt entwirft „Pesti Naplo“ folgendes schreckliche Bild: Drei Viertel der Fabrikarbeiter sind entlassen worden und der Tagelohn der Verbliebenen wurde herabgesetzt. Die seit einigen Jahren in Angriff genommenen großartigen Bauten haben viele Arbeiter aus Böhmen und Mähren herbeigeloct, welche nun die diesigen verdrängen. Es giebt tüchtige Schwärbe- und Schlossergehilfen, welche für 30 Kreuzer (6 Sgr.) Tagelohn täglich haben. Kleister Holz aus den Eisenbahnwaggons laden, um nur das Leben freifen zu können. Unter den Cassenlehren und Rehrichtkammern befinden sich mehr als ein reichlich offener Fabrikarbeiter. Es giebt aber auch 8000 Arbeiter in der Stadt, welche sich freuen, wenn sie wöchentlich nur zwei Tage lang Arbeit bekommen, Viele versuchen es, auf dem Lande Beschäftigung zu erhalten, aber nach wenigen Wochen kehren sie ausgehungert und erkrankt zurück. Im vorigen Winter haben Viele, trotz der Existenz der Volksküchen, gehungert, denn sie konnten nicht einmal die zehn Kreuzer für den nöthigsten Lebensbedarf erwerben; und zu Hause harben auch Weib und Kinder, auf frostiger nackter Erde, denn die wenigen Mobilien, ja selbst das nöthigste Lager wanderten in das jüdische „Geld für Alles“ gebende Wucherergeschäft.

\* Die Berliner Steuer-Einschätzungskommission behauptet, in großer Bedrängniß zu sein. In der Konferenz der Vorsitzenden der neugewählten Einschätzungskommission am 8. September bemerkte der Stadtath Führer u. A., daß die Kommissionen von 1875 viele Almosenempfänger eingeschätzt hätten, die ja unter Umständen ein Klassensteuerpflichtiges Einkommen haben könnten, niemals aber zur Gemeindevorsteuereinzahlung heranzuziehen seien. Zur möglichsten Vermeidung der sehr resultatlosen Veranlagung dieser Personen würden Verzeichnisse derselben, um deren Aufstellung die Armen-direction ersucht sei, den Kommissionen zugehen. Hinsichtlich der bevorstehenden Einschätzung erwähnte er, daß für 1875 nach den Ermittlungen und Entscheidungen in der Reklamationsinstanz vielfach mangelhafte Einschätzungen vorgekommen seien und deshalb in einer großen Zahl von Fällen erhebliche Steuerermäßigungen stattgefunden hätten. Derselbe bat deshalb die Anwesenden recht dringend, darauf halten zu wollen, daß für 1876 sorgfältiger und





